

Interfraktionelles Postulat GB/JA!, SP/JUSO, GFL/EVP (Katharina Gallizzi/Rahel Ruch, GB/Ingrid Kissling-Näf, SP/Patrik Wyss, GFL): Kreislaufwirtschaft und soziale Innovation fördern: Masterplan

Repair-Cafés, Läden ohne Verpackungen, Projekte gegen Foodwaste – die lokalen Initiativen für soziale Innovation und Kreislaufwirtschaft häufen sich. Während des ganzen Lebenszyklus eines Produkts oder einer Dienstleistung minimiert die Kreislaufwirtschaft den Verbrauch von Ressourcen und reduziert so die negativen Auswirkungen auf die Umwelt. Kreislaufwirtschaft ist dabei auf verschiedene Weise nachhaltig. Sie wirkt dem Klimawandel entgegen, indem der CO₂-Ausstoss um rund 70 Prozent reduziert wird, und führt gleichzeitig zu einer Steigerung von Arbeitsplätzen um etwa 4 Prozent, wie Studien in einem Dutzend Ländern Europas gezeigt haben.¹

Kreislaufwirtschaft stärkt aber auch den sozialen Zusammenhalt und die lokale und regionale Wirtschaft. Gute Beispiele hierfür finden sich im «Weissbuch zur Kreislaufwirtschaft für den Grossraum Paris» das im Rahmen des URBACT-Netzwerkes «BoostInno» (Boosting Social Innovation) erarbeitet wurde. URBACT ist ein europäisches Programm für regionale Entwicklung, welches von der EU, Norwegen und der Schweiz finanziert wird. Hauptziel des Programms ist die Förderung einer integrierten, nachhaltigen Stadtentwicklung. Themen sind zum Beispiel Innovation, CO₂-Reduktion, Umweltschutz, soziale Integration oder Beschäftigungsförderung. URBACT unterstützt die teilnehmenden Städte und Institutionen dabei, Stadtentwicklungskonzepte zu erarbeiten und umzusetzen. Alle Schweizer Städte werden vom Bund, vertreten durch das ARE, ermutigt, sich als Partnerstädte eines Netzwerks oder als Städte mit Beobachterstatus am Programm zu beteiligen.² Für einen Übergang zur Kreislaufwirtschaft braucht es sowohl soziale als auch technologische Innovation. Neue Formen der Zusammenarbeit zwischen der Stadtverwaltung, BürgerInnen und lokalen AkteurInnen sind nötig, um ein nachhaltigeres und offeneres System der Wirtschaft und des Zusammenlebens auf der kommunalen Ebene zu etablieren.³

Damit der Übergang zur Kreislaufwirtschaft in Bern gefördert werden kann, wird der Gemeinderat deshalb gebeten, folgende Anliegen zu prüfen:

1. Erarbeitung eines Masterplans «Kreislaufwirtschaft» (zum Beispiel in Anlehnung an das Weissbuch zur Kreislaufwirtschaft von Paris) zur aktiven Förderung entsprechender Projekte
2. Intensivierung der Vernetzung von Stadtverwaltung und Gemeinderat mit lokalen AkteurInnen aus der Kreislaufwirtschaft (u.a. Sharing und Wiederverwendung), aber auch mit NGOS und der Wissenschaft
3. Förderung der Vernetzung der Stadt Bern mit anderen Initiativen (z.B. URBACT)
4. Entwicklung eines gemeinsamen Vorgehens innerhalb der Region zusammen mit anderen Gemeinden der Stadtagglomeration.

Bern, 14. September 2017

Erstunterzeichnende: Katharina Gallizzi, Rahel Ruch, Ingrid Kissling-Näf, Patrik Wyss

Mitunterzeichnende: Matthias Stürmer, Bettina Jans-Troxler, Marcel Wüthrich, Brigitte Hilty Haller, Janine Wicki, Bettina Stüssi, Johannes Wartenweiler, Ursina Anderegg, Regula Tschanz, Seraina Patzen, Eva Krattiger, Tamara Funciello, Mohamed Abdirahim, Patrizia Mordini, Barbara Nyffeler,

¹ Revolutionäre Kreislaufwirtschaft. Nutzen statt besitzen, Walter R. Stahel in NZZ, 3.3.2017

<https://www.nzz.ch/meinung/revolutionaere-kreislaufwirtschaft-nutzen-statt-besitzen-id.148919>

² <https://www.aren.admin.ch/aren/de/home/staedte-und-agglomerationen/internationale-zusammenarbeit/urbact.html>

³ Kreislaufwirtschaft: nur ein Trendthema oder die Zukunft unserer Städte? <http://urbact.eu/kreislaufwirtschaft-nur-ein-trendthema-oder-die-zukunft-unserer-staedte>

Lena Sorg, Marieke Kruit, Nadja Kehrli-Feldmann, Peter Marbet, Katharina Altas, Lukas Meier, Zora Schneider, Christa Ammann, Tabea Rai, Nora Krummen, Michael Sutter, Martin Krebs, Yasemin Cevik, Timur Akçasayar, Lea Bill, Leena Schmitter, Franziska Grossenbacher, Regula Bühlmann

Antrag des Gemeinderats

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 13. Dezember 2017

Der Gemeinderat